

Ständeratswahl: Bei der SVP kommt es zum Stechen

Die St.Galler SVP greift mit einem Mann in den Ständeratswahlkampf ein. Wer es für die Partei richten soll, entscheidet sich morgen Mittwoch. Mit im Rennen ist auch der Melser Walter Gartmann.

von Regula Weik

Toni Brunner, Wahlkampfleiter der St.Galler SVP, hat gut lachen: Bei ihm geben sich derzeit mehrere interessierte Ständeratskandidaten die Türklinke in die Hand. Brunner sähe sie alle als künftige Vertreter seiner Partei in der kleinen Kammer. Auf die Frage, wen es in das Berner Amt dränge, nennt er vier Männer. Die Namen sind überraschungsfrei – Roland Rino Büchel, Mike Egger, Walter Gartmann, Stefan Kölliker. Die grösste Überraschung an dieser Auflistung: dass die vier prominenten Parteimitglieder bereit sind, sich einer internen Ausmarchung zu stellen. Brunner relativiert: «Ich habe noch nicht von allen vier die Zusage für eine Kandidatur.»

Dennoch ist bereits heute klar: Es kommt zu einem Stechen um die Ständeratskandidatur. Zwei mögliche Kandidaten haben Brunner nämlich bereits zugesagt. Dieser lässt sich nicht in die Karten schauen. «Ich mag die beiden ändern, die es sich noch überlegen, nicht unter Druck setzen.» Der Entscheid, wer im Herbst für die Partei ins Rennen steigt, fällt morgen Mittwoch an der Delegiertenversammlung. «Bei uns bestimmt die Basis den Ständeratskandidaten, nicht die Parteileitung», sagt Brunner.

Interesse hoch, Wahlchance gering

Wen die SVP aus dem Ständerat kippen will, liegt auf der Hand: SP-Vertreter Paul Rechsteiner. «Wir wollen den linken Sitz von Rechsteiner holen», sagt Brunner. «Wir wollen eine zu 100 Prozent bürgerliche Vertretung im Ständerat. Heute ist die St.Galler Delegation Mitte-links, künftig muss sie Mitte-rechts sein.»

Das Ziel einer eigenen Vertretung im Ständerat verfolgt die SVP seit Jahren – erfolglos. Die Partei ist bei allen ihren bisherigen Anläufen gescheitert, letztmals vor wenigen Wochen. Ende Mai bissen sich FDP und SVP an Regierungsrat und Finanzchef Benedikt Würth (CVP) die Zähne aus. Das Abschneiden diesen Frühling zeigte einmal mehr: Wenn es um Personenwahlen geht, fehlen der SVP mehrheitsfähige Köpfe. Dies dürfte auch im Herbst ihr grösstes Problem sein. So überrascht, dass Nationalrat Mike Egger erneut auf Brunners Kandidatenliste



Die SVP will einen Ständeratsitz: Walter Gartmann, Stefan Kölliker, Roland Rino Büchel und Mike Egger (von oben links im Uhrzeigersinn) sollen es möglich machen. Pressebilder

steht. Die Motivation des Rheintalers ist zwar ungebrochen, doch tritt die Partei erneut mit ihm an, wird sie wieder scheitern. Umso mehr, als es Egger nicht gelungen war, die breite Parteibasis abzuholen.

Wenig realistisch ist auch ein Erfolg von Parteipräsident Walter Gartmann; der Melser dürfte ausserhalb der eigenen Reihen kaum Stimmen holen, und solche sind nötig, wenn die Partei reüssieren will. Besser ist diesbezüglich die Ausgangslage für den Oberrieter Nationalrat Roland Rino Büchel. Er hat sich als Fifa-Kritiker national Respekt verschafft, ist sprachgewandt und jovial.

Bleibt der vierte mögliche Kandidat: Regierungsrat und Bildungschef Stefan Kölliker. Wichtige kantonale Bildungsvorlagen, die er bislang als Grund gegen Bern ins Feld geführt hat, kommen noch dieses Jahr an die Urne. Er wäre danach frei für eine neue Herausforderung. Ob er allerdings Lust verspürt, gegen Rechsteiner und seinen

Noch-Regierungskollegen Würth in den Ring zu steigen, ist fraglich. Auch, ob es sich die St.Galler Regierung leisten könnte, über mehrere Monate zwei ihrer Mitglieder mehrheitlich in Bern und nicht in der Pfalz zu wissen.

Auf die grundsätzlichen Wahlchancen angesprochen, antwortet Brunner: «Die St.Galler SVP wird so lange antreten, bis wir im Ständerat vertreten sind.»

Bürgerliches Ticket? Ja, aber...

Um Rechsteiner ernsthaft gefährden zu können, müssten die Bürgerlichen zusammenspannen. Das weiss auch Brunner. Doch im ersten Wahlgang wird es keinen Schulterschluss geben. «Da wird jede Partei den Kampf allein führen», sagt der Toggenburger. Bei einem allfälligen zweiten Durchgang – «und falls Rechsteiner dann noch im Rennen ist» – schliesst er ein «bürgerliches Ticket» nicht aus. Er sei offen für Gespräche, dann nur noch die beiden

bestplatzierten Bürgerlichen ins Rennen zu schicken – «unabhängig von der Partei». Voraussetzung dazu sei «eine verbindliche Vereinbarung zwischen CVP, FDP und SVP» vor den Wahlen.

Wer Brunner kennt, weiss: Er nimmt nie und nimmer seinen Kandidaten «gratis» aus dem Rennen. Und prompt hat er einen bürgerlichen Plan für die kantonalen Wahlen im Frühling 2020. «Wir fordern im Gegenzug einen zweiten Sitz in der St.Galler Regierung – auf Kosten der SP. Und wir erwarten dannzumal die volle Unterstützung von CVP und FDP.» Eine solche Kooperation im Herbst wie im Frühling müsste eigentlich «im Interesse aller Bürgerlichen im Kanton» sein, ist Brunner überzeugt. Sollten sich CVP, FDP und SVP tatsächlich darauf einigen, fordert Brunner volle Transparenz: «Dann müssen wir unser Abkommen offen deklarieren und kein Versteckspiel treiben.»

Baukartell: PUK gibt erste Resultate preis

Die parlamentarische Untersuchungskommission PUK hat in Sachen Baukartelle die ersten Arbeiten abgeschlossen.

Chur. – In Graubünden hat die vom Kantonsparlament eingesetzte parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einen Teil ihrer Arbeit über die illegalen Preisabsprachen auf dem Bau abgeschlossen. Beendet sind die Abklärungen um einen Polizeieinsatz gegen Adam Quadroni, der das Kartell im Unterengadin aufliegen liess.

Eigenen Angaben zufolge hielt die PUK ihre erste Sitzung vor einem Jahr ab, 40 weitere folgten, bei denen während rund 80 Stunden Befragungen durchgeführt wurden. Wie die PUK gestern Montag mitteilte, sind die Befragungen im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz gegen Adam Quadroni inzwischen beendet.

Über den Sommer wird dazu ein Teilbericht verfasst. Dieser Bericht soll in der Dezembersession dem Grosse Rat vorgelegt werden.

Saubere Verwaltung?

Parallel beschäftigt sich die Kommission mit dem zweiten Schwerpunkt ihres Auftrags. Es geht um die Frage, ob Mitglieder der Regierung oder Mitarbeitende in der Verwaltung ihre Verantwortung bei den öffentlichen Ausschreibungen im Bau wahrgenommen haben. Unter die Lupe genommen werden besonders das Controlling und die interne Aufsicht.

Nach wie vor nimmt die PUK Hinweise entgegen, welche der Klärung der untersuchten Sachverhalte dienen. Wer Hinweise liefert, sei durch Vertraulichkeit geschützt, schrieb die Untersuchungskommission. (sda)

Sprachen lernen und erleben

Chur. – Ein Sprachaufenthalt mit Boa Lingua macht es für alle möglich, aus dem Alltag auszubrechen und eine Fremdsprache dort zu lernen, wo sie auch gelebt wird. In einer Mitteilung wirbt die Sprachschule: «Gönnen Sie sich eine Auszeit und lernen Sie Leute aus aller Welt kennen.»

Mit einem Sprachaufenthalt würden die Reisenden neue Gewohnheiten entwickeln. So würden sie morgens den Fremdsprachenunterricht besuchen und nachmittags mit den Profis surfen oder neue Orte erkunden. «Nutzen Sie die Gelegenheit und treffen Sie Leute von überall», verspricht Boa Lingua weiter. Dabei sind die Teilnehmer einer Sprachschule während 24 Stunden von der Fremdsprache umgeben, verankern diese tiefer im Gedächtnis und lernen dadurch nachhaltiger als in der Schweiz.

Aus Erfahrung profitieren

In den gemütlichen Beratungszimmern der Filiale Chur erzählen Experten von Boa Lingua mit Leidenschaft und aus langjähriger Erfahrung von fernen Destinationen und unterstützen alle Interessierten vor, während und nach ihrem Sprachaufenthalt. Eine persönliche oder telefonische Gratisberatung ist vereinbar unter Telefon 081 252 66 88 oder unter www.boalingua.ch/beratung. (pd)

Migros Ostschweiz streicht 90 Stellen

Die Migros Ostschweiz streicht 90 Stellen. Sie reagiert auf den stetig intensiver werdenden Wettbewerb und strafft ihre Organisation am Hauptsitz in Gossau. Der KV Schweiz rechnet nicht mit weiteren Entlassungen.

Gossau. – «Es kommt zum Abbau von rund 90 Stellen, der wo möglich durch natürliche Fluktuationen und vorzeitige Pensionierungen vollzogen wird», heisst es in der Mitteilung der Migros Ostschweiz von gestern Montag. Kündigungen seien dennoch nicht zu vermeiden. Das Filialnetz wie etwa der Pizolpark in Mels sei vom Abbau nicht betroffen. «Der Abbau betrifft ausschliesslich den Hauptsitz in Gossau», sagte Andreas Bühler, Leiter Kommunikation bei der Migros Ostschweiz. Hauptgründe seien der Einkaufstourismus, der Onlinehandel und die Konkurrenz im Inland. Unter Druck seien nicht nur der Detailhandel, sondern

auch die Gastrobereiche und Freizeitanlagen der Migros Ostschweiz. Der intensive Wettbewerb sowie unbefriedigende finanzielle Ergebnisse in den vergangenen Jahren haben die Migros Ostschweiz veranlasst, ihre Strukturen und Prozesse in der Betriebszentrale zu überprüfen. «Wir müssen Kosten reduzieren und uns effizienter aufstellen», sagte Bühler weiter.

Mit der Straffung der Organisation am Sitz der Betriebszentrale Gossau sollen die in den vergangenen Jahren stark angestiegenen Sach- und Personalkosten auf ein nachhaltig tragbares Mass gesenkt werden. Insgesamt werden rund 90 Stellen abgebaut, betrof-

fen sind alle zentralen Funktionen. In der Betriebszentrale seien alle Direktionen und Abteilungen betroffen.

Fairer Sozialplan

Die Genossenschaft Migros Ostschweiz habe gemeinsam mit ihren internen und externen Sozialpartnern, dem kaufmännischen Verband und dem Metzgereipersonal-Verband, einen umfassenden Sozialplan erarbeitet, um die Auswirkungen der Kündigungen abzufedern und die betroffenen Mitarbeitenden bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle so gut als möglich zu unterstützen. «Die Verhandlungen wurden zugunsten aller betroffenen

Angestellten fair geführt», sagt Emily Unser vom Kaufmännischen Verband Schweiz. Der Sozialplan sei vertretbar, der KV Schweiz rechnet mit keinen weiteren Entlassungen.

«Das Marktumfeld wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen», wird Geschäftsleiter Peter Diethelm im Communiqué zitiert. «Wir sind heute finanziell gesund und wollen das auch bleiben. Daher müssen wir unsere Kräfte konzentrieren und unsere Effizienz erhöhen.» Die Massnahmen seien schmerzhaft, aber notwendig, um langfristig die Arbeitsplätze der fast 10 000 Mitarbeitenden zu sichern», so Diethelm. (sda)